

Erläuterungen:	Eingangsstempel:
Zutreffendes bitte ankreuzen <input type="checkbox"/> oder ausfüllen	

Anzeige einer Wallfahrt nach § 29 Abs. 2 StVO und Antrag auf Ausnahmegenehmigung nach § 45 StVO

Anlage:
 1 Versicherungsbestätigung
 1 Streckenplan in 2-facher Ausfertigung

Antragsteller			
Name / Bezeichnung			
Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort	
Telefon	Telefax	E-Mail	

Wallfahrtsbeginn/-ende (Datum/Uhrzeit)	
Abgangsort	
Zielort	
Geplante Weckstrecke mit Zwischenstationen -ggf. Beiblatt- (Datum, Uhrzeit)	
Voraussichtliche Teilnehmerzahl	
Verantwortliche Person(en) (Anschrift u. Telefonnummer); Aufsichtsführender bei der Veranstaltung (Name, Rufnummer Festnetz/Mobiltelefon)	
Versicherungsschutz	Es wurde eine Veranstaltungshaftpflichtversicherung mit folgender Deckungssumme abgeschlossen: _____
Sonstige Bemerkungen:	<input type="checkbox"/> Veranstalter und Wegstrecke ändern sich nicht gegenüber dem Vorjahr! <input type="checkbox"/> Wegstrecke ändert sich gegenüber dem Vorjahr!

1. Hiermit erkläre(n) ich/wir, den Bund, die Länder, die Landkreise und die Gemeinden von sämtlichen Ersatzansprüchen freizustellen.
2. Weiterhin versichere(n) ich/wir, dass zuverlässige Ordner in ausreichender Zahl für die Sicherheit der Wallfahrer teilnehmen. Eventuelle notwendige Verkehrssperrungen werden 4 Wochen vor Beginn der Wallfahrt mit der örtlichen Polizeidienststelle abgesprochen.
3. Das Merkblatt mit den rechtlichen Hinweisen für Fußwallfahrten sowie die Hinweise und Bitten der Polizei an die Pilgerführer habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Merkblatt für Pilgerführer

1. Kirchliche Veranstaltungen, die über das ortsübliche Maß hinausgehen (z.B. Wallfahrten oder kirchliche Veranstaltungen ähnlicher Größenordnung) sind spätestens 2 Monate vor Beginn der örtlich zuständigen unteren Straßenverkehrsbehörde (Landratsamt oder kreisfreie Stadt), in deren Zuständigkeitsbereich die Veranstaltung beginnen soll, mit dem beiliegenden Vordruck anzuzeigen. Dieser Vordruck gilt sowohl als Anzeige als auch als Antrag auf Erlass der notwendigen verkehrsrechtlichen Anordnungen (z.B. Aufstellen von Halteverbotsschildern an den Sammelstellen).

Die erstbetroffene Straßenverkehrsbehörde (=Ausgangsbehörde) verständigt alle am Weg der Wallfahrt liegenden oder von ihr betroffenen Straßenverkehrsbehörden, die die notwendigen verkehrsrechtlichen Anordnungen in eigener Zuständigkeit treffen. Zugleich wird die Polizei von der Veranstaltung informiert. Der Pilgerführer erhält eine Eingangsbestätigung über den gestellten Antrag / die Anzeige von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde.

Erhält der Pilgerführer nach Ablauf von drei Wochen nach Eingang der Anzeige keine Nachricht, gilt die kirchliche Veranstaltung als erlaubt. Die Erhebung von Gebühren und Auslagen für diese Erlaubnis durch die Straßenverkehrsbehörde bleibt dadurch unberührt.

Die Polizei wird der Pilgerleitung dann im Rahmen ihrer Zuständigkeit in ausreichendem Maße behilflich sein und auch die Verständigung der Polizeidienststellen entlang der Wallfahrtsstrecke übernehmen.

Die Absicherung soll auch durch die Feuerwehr in der jeweiligen Gemeinde oder das Technische Hilfswerk übernommen werden.

2. Wallfahrergruppen müssen als geschlossener Verband deutlich erkennbar sein (geschlossen gehen, Tafel oder sonstiger Hinweis an der Spitze und/oder am Schluss; rechte Fahrbahnseite benutzen, möglichst nur in Dreierreihen gehen).
3. Geschlossene Verbände haben weder Vorrecht noch Vorrang!
4. Für geschlossene Verbände (z.B. auch Wallfahrergruppen) gelten die gleichen Verkehrsregeln, Anordnungen und Verkehrszeichen, wie für Fahrzeuge. Das heißt, sie müssen z.B. mit der Spitze des Zuges die Ampeln und Vorfahrtsschilder beachten.
5. Wallfahrergruppen, Prozessionen und andere geschlossene Verbände dürfen nach den Bestimmungen der Straßenverkehrs-Ordnung, wenn sie als "geschlossen" erkennbar sind, von anderen Verkehrsteilnehmern nicht unterbrochen werden. Auf diesem Vorrecht sollte aber nicht beharrt werden. Die Teilnehmer sind zu Beginn der Wallfahrt auf ihre eigene Verantwortung im Straßenverkehr hinzuweisen und zur Vorschrift zu mahnen.
6. Soweit es die Zuglänge erfordert, müssen Zwischenräume für den übrigen Verkehr freigelassen werden; in der Regel nach 200 m Zuglänge. Die Lücken dienen dem Überholen sowie für den Querverkehr. Der Abstand zum nächsten Block richtet sich insbesondere nach der Verkehrslage.
7. Tagsüber **sollten** die Wallfahrer am Zuanfang und am Zugende reflektierende Warnwesten (z.B. reinorange RAL 2005 oder signalgelb nach EN471) tragen, um für den nachfolgenden und den Gegenverkehr rechtzeitig erkennbar zu sein.

Wallfahrerzüge etc. **müssen** während der Dämmerung, bei Dunkelheit oder wenn die Sichtverhältnisse es erfordern, beleuchtet sein. Nach vorne hat dies durch 2 weiße, nicht blendende Leuchten und nach hinten durch 2 rote Leuchten oder 2 gelbe Blinklichter zu geschehen. Eine seitliche Beleuchtung wird empfohlen.

Die Leuchten sind jeweils vom vorderen und hinteren linken und rechten Flügelmann auf der dem Verkehr zugewandten Seite zu tragen. Dies gilt auch dann, wenn ein Fahrzeug zum Schutz des Verbandes vorausfährt oder ihm folgt.

Gliedert sich ein Wallfahrerzug etc. in mehrere deutlich voneinander getrennte Einzelgruppen, so ist jede dieser Einzelgruppen auf die vorgenannte Weise zu sichern.

Eine eigene Beleuchtung ist nur entbehrlich, wenn der Verband auf der gesamten Strecke durch andere Lichtquellen deutlich und rechtzeitig beleuchtet ist.

8. Jede Wallfahrergruppe muss einen Aufsichtsführenden haben. Er ist für die Verkehrssicherheit und Beachtung der Verkehrsvorschriften in straf- und verkehrsrechtlicher Sicht verantwortlich. Er hat zuverlässige Hilfspersonen auszuwählen und diese zu überwachen.

9. Begleitfahrzeuge haben die Vorschriften der Straßenverkehrs-Ordnung zu beachten. Sie besitzen **keinerlei** Sonderrechte. Um andere Verkehrsteilnehmer auf die von einem Wallfahrerzug ausgehenden möglichen Gefahren hinzuweisen, wird empfohlen, das Warnblinklicht einzuschalten.
10. Kinder- und Jugendgruppen müssen als selbstständige Pilgergruppen - soweit möglich - die Gehwege benutzen.
11. Es ist darauf hinzuwirken, dass zu Fuß marschierende Verbände, die links abbiegen wollen, sich nicht nach links einordnen, sondern bis zur Kreuzung oder Einmündung am rechten Fahrbahnrand geführt werden.

Hinweise und Bitten an die Pilgerführer

1. Achten Sie darauf und wirken Sie auf die Wallfahrergruppe ein, dass sich diese **geschlossen** bewegt. Die Polizei kann nur den geschlossenen Verband absichern. Allein oder in kleineren Gruppen voraus- oder hinterhergehende Pilger sind - vor allem bei Dunkelheit oder schlechter Sicht - erhöhten Verkehrsunfallgefahren ausgesetzt. Gehen Sie möglichst nur bei **Helligkeit** und **auf schwach frequentierten Straßen**. Die Polizei ist Ihnen bei der Suche nach dem verkehrssichersten Weg behilflich. Bei großen Wallfahrergruppen sollten Sie auch mit Handzetteln auf die Pilger einwirken.
2. Bitte machen Sie sich in Ihrem eigenen Interesse mit der Straßenverkehrs-Ordnung vertraut (z.B. § 27 StVO - Verhalten in Verbänden)!
3. Bitte achten Sie darauf, dass die Verkehrstüchtigkeit der Teilnehmer jederzeit gewährleistet ist!
4. Sorgen Sie für eine ausreichende Anzahl von Sanitätern oder Rettungsfahrzeugen.
5. Begleitfahrzeuge sind auf das **zwingend notwendige Maß** zu beschränken.
6. Sonstige Fahrzeuge (z.B. Abholer) sollen sich nicht im Bereich des Zuges aufhalten.
7. Suchen Sie sich zum Aufstellen des Wallfahrerzuges **genügend große Aufstellflächen** aus. Für eine notwendige Sperrung des übrigen Verkehrs benötigen Sie eine verkehrsrechtliche Anordnung der zuständigen Verkehrsbehörde, die Sie mit Hilfe des beigefügten kombinierten Anzeige-/Antragsvordrucks beantragen können.
8. Der Aufsichtsführende sollte während des gesamten Verlaufes erreichbar sein. Das Mitführen eines **Mobiltelefons** wird empfohlen. Die Rufnummer ist auf dem Anzeigevordruck gut lesbar anzugeben.

Informationen nach der Datenschutz-Grundverordnung zur Verarbeitung personenbezogener Daten

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit dem Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gem. § 29 Abs. 2 StVO)

- Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist das Landratsamt Kelheim, Donaupark 12, 93309 Kelheim, Tel.Nr.: 09441/207-0, E-Mail: poststelle@landkreis-kelheim.de
- Den behördlichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter: Datenschutzbeauftragte im Landratsamt Kelheim, Donaupark 12, 93309 Kelheim, Tel.Nr.: 09441/207-1121, E-Mail: datenschutz@landkreis-kelheim.de
- Ihre Daten werden verarbeitet um den Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gem. § 29 Abs. 2 StVO bearbeiten zu können.
- Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 DSGVO, Art. 4 BayDSG i.V.m. StVO, ZustGVerk, FStrG, BayStrWG
- Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an: Anhörstellen (Straßenbaulasträger, Gemeinden, Landratsämter, Polizeidienststellen, Naturschutzbehörden, Bayer. Staatsforsten, Bus- und Bahnunternehmen), Rettungsdienste, Leitstellen.
- Ihre personenbezogenen Daten werden nach der Verarbeitung beim Landratsamt Kelheim so lange gespeichert, wie es die Bestimmungen nach dem Bayerischen Einheitsaktenplan vorgeben. Diese betragen je nach Sachgebiet i.d.R. zwischen 5 und 30 Jahre.

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen als Betroffene folgende **Rechte** zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu.
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen.

- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu.
- Wenn Sie in die Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Landratsamt Kelheim mittels einer entsprechenden Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.
- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz.

In gewissen Fällen sind Sie **verpflichtet** Ihre personenbezogenen Daten anzugeben. Die Verpflichtung kann sich aus dem Gesetz oder aus einem Vertrag ergeben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich sein.

- Das Landratsamt Kelheim benötigt Ihre Daten um Ihren Antrag bearbeiten zu können.
- Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

Falls Sie weitere Informationen wünschen wenden Sie sich bitte an Ihren zuständigen Sachbearbeiter oder an den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes Kelheim.